

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlags- und Druckerei-Gesellschaft... Dresden, Hauptstraße 38, Chemnitz, Hauptstraße 38.

Bezugs-Gebühr... Anzeigen-Preise... Die 1 Spalte 27 mm breite Seite 1,20 RM, hierin 10% Zuschlag...

Abrechnung und Hauptgeschäftskonto... Dresden, Hauptstraße 38.

Gebr. Arnhold

DRESDEN-BERLIN

Waisenhausstraße 20/22... Hauptstraße 38, Chemnitz, Hauptstraße 38.

Berliner Bureau: Berlin W 56, Französische Straße 33c

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte... Aufbewahrung von Wertpapieren zwecks Zins-schein-Einlösung... An- und Verkauf in- und ausländischer Werte.

Die Gefahren des Eisenbahnerstreiks.

Silllegung des Eisenbahnverkehrs nach dem Westen?

Wagner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“... Berlin, 7. Jan. Infolge des Streiks der Düsselbacher Eisenbahner geriet bereits gestern nachmittags der Eisenbahnverkehr nach dem Westen ins Stocken.

Nach weiteren Meldungen hat sich die Streikbewegung der Eisenbahner auch auf die für die Kohlenversorgung besonders wichtige Eisenbahndirektion Essen ausgedehnt.

Die Streikbewegung der Eisenbahner hat auch auf den Bezirk Wittona übergriffen. In den Betriebsverhältnissen des Wittonaer Bezirkes hat eine Anzahl Arbeiter heute früh die Arbeit niedergelegt.

Die Tarifverhandlungen.

Wagner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“... Berlin, 7. Januar. In den Tarifverhandlungen mit den Eisenbahnern hat der nächste Tag infolgedessen eine Abmilderung gebracht, als der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Geheimrat Graf v. Helldorf, den Delegierten des Deutschen Eisenbahnerverbandes den Wunsch der Tarifverhandlungen bis 20. d. Mts. äußerte.

Die deutsche Eisenbahn im Januar.

Wagner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“... Berlin, 7. Januar. Im Reichswirtschaftsministerium ist unter dem Vorsitz des Oberregierungspräsidenten v. Tilly als Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums eine Konferenz abgehalten worden. In dieser Konferenz sollte, wie wir schon, die Kohlenmenge festgesetzt werden, die den Eisenbahnen für den Januar zu stellen wäre.

Streikverbot in der Rheinpfalz.

Wagner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“... Berlin, 7. Jan. Nach Meldungen aus Speyer verbot der Militärbesatzbehörden der Rheinpfalz die Auforderungen zu Streiks und Arbeitsunterbrechungen in den Versammlungen der Eisenbahner unter Hinweis auf die Strafbestimmungen des noch bestehenden Kriegszustandes.

Die letzten Sitzungen in Paris.

Paris, 6. Januar. Eine neue Sitzung wird heute, Mittwoch, morgen stattfinden. Man hofft, daß die Arbeiter der für die Inkraftsetzung des Friedensvertrages bestimmten Kommissionen nach vor Sonnabend beendet sein werden, und daß der Austausch der Ratifikationsurkunden noch am Nachmittage des 10. Januar erfolgen kann.

Die Prüfung des Eisenmaterials.

Wagner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“... Rotterdam, 7. Jan. Die „Times“ bringen eine Pariser Meldung, wonach der Bericht der nach Deutschland gesandten Allierteninspektionskommission zur Prüfung der Frage des abzuliefernden Eisenmaterials den Standpunkt Deutschlands für teilweise berechnigt anerkannt hat.

Die Kosten des Wiederaufbaues.

Wagner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“... Genf, 7. Jan. In der Kammer Sitzung am Montau teilte der französische Finanzminister mit, daß er für den Wiederaufbau im zerstörten Gebiet Frankreichs 24 Milliarden Franken für Rechnung Deutschlands vorausgibt habe, und daß die gesamten Kosten für den Wiederaufbau mit 55 bis 65 Milliarden Franken zu veranschlagen seien.

Ein interessanter Prozeß.

Berlin, 7. Jan. Heute beginnt vor dem Landgericht I ein ziemlich bedeutungsvoller Prozeß. Eine Magdeburger Aktiengesellschaft, die durch den Reichsanwalt Dr. Theodor Friezel vertreten wird, klagt gegen eine Reihe von Arbeitern- und Soldatenräten und gegen die preussische Republik, vertreten durch den Ministerpräsidenten Brüning, wegen Erlasses von Schüssen, die ihr durch Anordnungen der A- und S-Räte angefügt worden sind.

Generalstreik der Privatangestellten in Thüringen... Die dem „Berl. Volksblatt“ aus Eisenach gemeldet wird, sind dort sämtliche Privatangehörige des Landes wegen abgelehnter Tarifforderungen in den Generalstreik getreten.

Zusammenbruch der Kohlenindustrie.

Das Weichwälder Kohlenfeld... Das Weichwälder Kohlenfeld wird gemeldet: Über 50 Millionen Tonnen liegen im hiesigen Weichwälder Kohlenfeld ungenutzt. Es treten nur einige Wagen Kohlen ein, womit kaum ein halbes Dutzend Dampfer versorgt werden konnte.

Zusätzliches Mißtrauen gegen die Betriebsräte.

Berlin, 6. Jan. Wie der Reichsverband der deutschen Industrie mitteilt, haben deutsche Industrielle und Kaufleute, die kürzlich von Geschäftskreisen aus den neutralen Staaten zurückkommen, berichtet, daß man besonders in Holland, Skandinavien und in der Schweiz den Wert der deutschen Betriebsräte als gefährlich anerkennen und mißtraulich verfolge.

Die Hauptverhandlung gegen den Grafen Arco Valles.

München, 5. Jan. Die Korrespondenz Hoffmann meldet aus München, daß die Hauptverhandlung gegen den Grafen Arco Valles wegen Mordes in der Verurteilung zur Hauptverhandlung von dem Volksgericht München I auf den 15. Januar 1920 anberaumt. Die Verhandlung findet im Schwurgerichtssaal statt.

Das Schicksal der Türkei.

Wagner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“... Rotterdam, 7. Jan. „Morning Post“ meldet aus Paris: Die Friedensbedingungen für die Türkei seien die gesamte türkische Staatsverwaltung unter die Kontrolle der Alliierten bzw. des Völkerbundes. Die staatliche Unabhängigkeit der Türkei in der internationalen Politik ist damit zum Teile der Zivilisation (1) beseitigt.

Frankreich schließt fortgesetzt neue Bündnisse.

Basel, 7. Jan. Aus Belgrad wird gemeldet, daß der Prinz-Regent von Serbien ein geheimes Verhandlungen mit Poincaré und Clemenceau gepflogen habe, die dem Abschluß einer Militärkonvention zwischen Frankreich und Serbien im nächsten Monat hätten.

Die Entfälle gegen die Budapest-Lösesurteile.

Paris, 7. Jan. Tagesmelder: Auf Grund des Urteils der englischen, französischen und italienischen Militärmission in Budapest hat der Oberste Rat beschlossen, die ungarische Regierung aufzufordern, die gegen die ungarischen Kommunisten ausgesprochenen Strafen umzuwandeln.

Wien, 5. Jan. Die Sozialdemokraten hielten am gestrigen Sonntag in einigen Bezirken Protestversammlungen gegen die Einrichtung der ungarischen Kommunisten in Budapest ab.

Wien, 5. Jan. Die Sozialdemokraten hielten am gestrigen Sonntag in einigen Bezirken Protestversammlungen gegen die Einrichtung der ungarischen Kommunisten in Budapest ab. Es sprachen der gewesene Staatssekretär des Reiches Dr. Bauer, Dr. Friedrich Adler (der Sohn Viktor Adlers) und Dr. Max Adler.

Neue Ernährungspläne.

Der Berliner Magistrat bringt einen neuen dringenden Aufruf an die Bevölkerung in die Öffentlichkeit, in dem er behauptet, daß die Reichsgetreidekasse...

Kulana Februar leer von Getreide.

Ich werde, wenn bis dahin nichts Durchreisendes zur Verfügung der Behörde geschieht. Der Berliner Magistrat erklärt, daß ihm auch nach dem Ergebnis der Unterredung mit den Reichsbehörden schwere Versorgungspläne vorzulegen sind, und richtet die Mahnung an die Regierung, sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern.

Die Zufuhr von Getreide nach der Reichsgetreidekasse ist seit etwa Mitte November durchaus ins Stocken geraten. Da die neue Getreidelieferungspolizei ihre Aufgaben nicht eingeleitet hat, steht keineswegs fest, wann der Herr Reichsgetreideamtsminister sich zunächst noch einen auf Wochen berechneten Zeitraum gestattet will, ehe er etwas Besseres tut, so ist es nicht unmöglich, daß das Ende dieser Beobachtung mit dem Anfang der...

Erklärung der Reichsgetreidevorräte.

zusammenfällt. Denn die Reichsgetreidekasse besitzt gegenwärtig einen Vorrat, der nur noch auf ungefähr 14 Tage oder, bei Dinaurechnung solcher Eingänge wie die letzten, noch wenige weitere Tage ausreicht, so daß, wenn man die Versorgungsleistungen der Kommunen berücksichtigt, die Reichsgetreidekasse Anfang Februar leer sein würde.

Man wird sich auch immer vor Augen halten müssen, daß selbst nach Überwindung der jetzt akuten Schwierigkeiten mit dem Augenblick, da die Lebensmittellieferungen wieder hinter dem Bedarf zurückbleiben, die Krisis von neuem ausbricht.

alle Organe der öffentlichen Gewalt in Bewegung zu setzen.

um die auf dem Lande lagernden Vorräte schleunigst in Besitz zu bekommen und jeder Verzögerung entgegenzutreten. Keine Regierung darf die häßliche Bevölkerung für leer oder später dem Risiko aussetzen, von Brot und Kartoffeln entbehren zu müssen.

Die Aufwandssteuer.

Der Abgeordnete Göttsch, der aus einem Hause ein Postamt geworden ist und Erbsbergers Steuerpolitik nach anfänglicher Befürwortung jetzt mit den schlagendsten Gründen heftig bekämpft, macht folgende nähere Angaben über die Aufwandssteuer: Die Aufwandssteuer ist meines Wissens ungefähr so gebildet, daß jeder, der über ein gewisses Mindesteinkommen verfügt — sagen wir 1000 oder 2000 RM. —, sein Vermögen vermindern soll.

Wohl dem, der ein Einkommen von 1000 RM. verfügt — und das sind kaum heute die besseren Arbeiterfamilien, zumal das Einkommen der im gemeinsamen Haushalt lebenden, selbst der volljährigen Kinder, dem der Eltern zugerechnet werden soll — ist nach der Vermögensgegenstandssteuer zu zahlen, aber keine jährlichen Einkommen zu führen und diese Kinder sechs Jahre lang anzuhängen. Natürlich wird es notwendig sein, den Aufwand nach der Zahl der im Haushalt anwesenden oder vom Haushaltsvorstand zu unterhaltenden Familienmitglieder behördlich festzusetzen. Eine angenehme Aufgabe für die Steuerbehörde, die zudem für jeden Wohnort völlig verchieden gelöst werden muß!

Göttsch bemerkt zur Kennzeichnung des Wertes dieser Steuer u. a.: „Wie viele mühen sich daran, die Steuer zu zahlen, aber sie können es nicht. Wer hat den heute — wenn er ehrlich ist — überhaupt noch die Möglichkeit, Aufwand zu treiben? Wer hat noch die Möglichkeit, Ausgaben zu machen? Nach den eigenen Angaben der Begründung des Reichseinkommensteuergesetzes bleibt einer Familie von Mann, Frau und drei Kindern, die vor dem 1. Juli 1919 ein Vermögen von 5 Millionen Mark und ein Einkommen von 25000 RM. hatte, nach Entrichtung von Kriegsschulden und Klotopfer und nach Bezahlung von Einkommensteuer und Kapitalertragssteuer noch ein Nettoeinkommen von 75000 RM., sofern das Vermögen in der ganzen Kriegszeit nicht um einen Heller vermehrt hat. Ist es aber um 20 v. H. gesunken, so verbleibt nur ein Einkommen von 60000 RM., bei einem Zuwachs von 30 v. H. gar nur 50000 RM.“

Niederländisches Mißwerk für deutsche Kinder.

Haag, 5. Jan. Die das Korrespondenz-Bureau meldet, wird Mitte Januar wahrheitsgemäß ein Extrazug für unterernährte deutsche Kinder aus den Niederlanden nach Thüringen abgehen.

Der Briefwechsel Kaiser Wilhelms II.

Beschäftigt nach wie vor die Presse und zwar ist es sehr bezeichnend, dass der "Vorwärts", der sich früher so sehr für die Interessen der Arbeiterbewegung einsetzte, nunmehr wieder die Aufmerksamkeit auf die historische Wahrheit an, sondern lediglich auf die Wahrnehmung einer Gelegenheit zu radikalem Toben. Der Zweck ist sehr durchsichtig.

Wenigerwertig ist die kochlich-politische Beurteilung der Kaiserbriefe in der rechtschaffenden Berliner Presse. Die nicht unbedeutende Briefe über das Bündnisangebot Englands im Jahre 1898 im Vordergrund. Die Deutsche Zeitung "bemüht sich den Standpunkt des Kaisers aus der damaligen Weltlage zu erklären. In der Deutschen Tageszeitung dagegen wird — und wohl mit Recht! — betont:

Kaiser Wilhelm II. hat die Stelle des Jaren den russischen Staatsmännern gegenüber sehr unrichtig eingeschätzt, und der größte Fehler ist wohl gewesen, daß er dem Jaren rüchthaltig verstand hat, trotzdem er ein sehr schwacher und deshalb zur Verhinderung und Mäßigkeit geeigneter Charakter war, wie man ihn schon aus der letzten Spannungsperiode vom Jahre 1914 her kennt. Dazu kam die enge persönliche Verbindung des Jaren mit dem russischen Hofe, der sonstigen den Umständen für alle auf dem russischen Reichthum gerichteten Beziehungen in Europa häßlich. Die Beziehungen des Deutschen Kaisers, das alte russische Verhältnis wiederherzustellen, arbeiten mit ungenügender Mittel, nämlich lediglich durch den Verlust der Einwirkung auf den Jaren. Bis zum Jahre 1914, der in seinen Reden immer nur vom Jaren sprach, hatte im Hintergrunde den Reichstag eine russische Elementum und den Kaiserthron durch die Aussicht auf freie Hand am Goldenen Horn an Deutschland band. Auch darin irrte der Kaiser über Haupt verhängnisvoll, und das haben gerade die deutschen Reichsparteien von heute sehr deutlich und bekann, daß er durch Einwirkung von Wladimir an Monarch große Verlust in seinem Sinne machen zu können glaubte. Dabei hat der Jare ihn ebenso getäuscht wie Kaiser Franz Josef, wie auch der Jare von England, welche alle das Vertrauen des Europäischen Monarchen und seine Verbindung von der Solidarität der europäischen Monarchen benutzten. Außerdem vertrat Kaiser Wilhelm II., das seine Monarchen sich lediglich von ihrem eigenen Interesse, wie in eo ipso natürlich und national im Interesse ihres Landes und nach ihren Abhängigkeiten verhalten, leiten lassen.

Schärfer noch spricht sich die "Tägliche Rundschau" aus:

Die Kaiserbriefe an den Jaren Nikolai, die nun veröffentlicht werden, zeigen mit erschreckender Deutlichkeit die Unfähigkeit und Willkürlichkeit der rein persönlichen, in romantischen Vorstellungen behaglichen Politik, die wir vor dem Weltkriege geübt haben. Eine Politik, die in ihrem Friedenswillen und kaiserlichen Ansehen den Krieg herbeiführte. Kaiser Wilhelm II. reich patriarchalische Politik, fasste sich nicht nur als der allein bestimmende und verantwortliche Vater des Weltreiches, aber er dachte seine Politik in der Hauptsache auf die persönlichen Beziehungen zu den Fürstentümern an, wie ein absoluter Herrscher vor hundert Jahren, ohne des Wandels der Welt, der Mitbestimmung der Völker, der entscheidenden Bedeutung von Volksmeinungen jemals ganz klar zu werden.

Das Leben Kaiser Wilhelms II. in Amerongen.

Von seinem Korrespondenten in Holland erhält das "Berliner Tageblatt" Mitteilungen über das Leben des ehemaligen Kaisers Wilhelm II. in Amerongen. Es lautet unter anderem: Es ist nicht wahr, daß man in Amerongen noch von Dünkirchen oder auch nur von Ostindien erzählt. Der Kaiser ist sehr gealtert, in seiner Lebenskraft gedrohen. Das Jittern in den Armen und am rechten Bein, das früher ganz leicht vorhanden war, hat sich so verstärkt, daß es beim ersten Wind auffällt und legt die ganze Erscheinung beherrscht. Der Kaiser ist fortpäulend geworden, trotzdem er jetzt sehr wenig ist. Seine Haltung ist immer noch soldatisch, aber er ist klein geworden. Es ist auffallend, daß er sehr langsam spricht, ganz im Gegensatz zu früheren Zeiten, und er ist nur lebendig, wenn alle Erinnerungen antauchen. Es wird aber darüber gesagt, daß oft mitten in der Unterhaltung sein Gesicht alle Spannung verliert, der Blick in unbestimmten Räumen weilt. In solchen Momenten fließt der Kaiser nur Mittel ein.

Die Welt, in der Kaiser Wilhelm am wenigsten lebt, ist die Gegenwart. Niemand, der den Kaiser in Amerongen gesehen hat und zuverlässiger Eindrucke fähig ist, hat daran gezweifelt, daß dieser Mann keine aktive Rolle in irgendeiner Form mehr spielen wird. Wenn er sich wohl fühlt, genießt er gewiß für Augenblicke und Stunden allerlei Annehmungen, die seiner vielseitigen Natur zugänglich sind. Er läßt sich vorlesen, diskutiert auch, nicht sein Bescheidwissen auf mancherlei Gebieten. Der Kaiser äußert sich nicht mehr den Wunsch, seine Tage in Deutschland zu beschließen. Das ist aus. Er hält Deutschland für verloren. Mehr als je glaubt er, daß er von seinen Ratgebern und von der ganzen Nation verlassen, hintergangen und verlassen worden sei. Er verläßt seine Umgebung, das im einzelnen zu bemerken, und zugleich verläßt ihn ein ungemessenes Mißtrauen. Alle Personen, die Amerongen betreten, müssen sich durch eine Karte ausweisen, deren erster Abschnitt beim Eintreten abgegeben wird, der zweite beim Vergehen.

Verliches und Sächsisches.

Dresden, 7. Januar.

Die Bewegung der Versicherungsangestellten.

Bei den in Berlin und anderen Städten abgehaltenen geheimen Abstimmungen in den Versicherungsvereinigungen sind, wie wir berichteten, bis zu neunzig Prozent der Stimmen für den Streik abgegeben worden. Auch in Dresden macht sich eine lebhaftere Bewegung unter den Angehörigen der hier vertretenen Versicherungsgesellschaften bemerkbar. Der Tarifvertrag der Angestellten ist zum 31. Dezember v. J. gefündigt worden, eine Abstimmung über einen etwaigen Streik ist in Dresden noch nicht erfolgt, doch wird sie für die allernächste Zeit erwartet. Man will offenbar erst das Ergebnis der Berliner Beratungen abwarten, ehe man auch in Dresden zu weiteren Maßnahmen schreitet. Die neuen Forderungen der Angestellten in dem Versicherungsgewerbe sind finanzieller und politischer Natur. Neben Gehaltsaufbesserungen, die teilweise bis über 100 Prozent der bisherigen Bezüge ausmachen, werden Bestimmungen gefordert, die über den Rahmen des künftigen Betriebsratengesetzes hinausgehen. Wie aus den Kreisen der hiesigen Arbeitgeber im Versicherungsgewerbe berichtet wird, ist man hier der Erfüllung gerechter Forderungen, namentlich in der Frage der Gehaltsaufbesserung, durchaus geneigt, man will aber die Forderungen, soweit sie politischer Natur sind, ablehnen.

Die Wünsche der sächsischen Beamten. Das Mitglied der Nationalversammlung Dr. Dehne (Deutsche Volkspartei) hat mit den Führern der hiesigen Beamtenorganisationen Absprache genommen, um die Wünsche der Beamten, die sie gegenwärtig lebhaft beschäftigen, näher kennen zu lernen. Mithin wurde dabei betont, daß die Beamten Wert darauf legen, in ihrer ganzen Stellung wie auch geistlich erkennbar über dem ungelerten Arbeiter zu bleiben. Weiterhin wurde betont, daß es den Beamten richtiger erscheint, wenn die ausländischen Behörden an einer Senkung der Preise arbeiten wollten, als daß die fortschreitende Teuerung immer wieder durch Gehaltsaufbesserungen ausgeglichen werden müßte. Solange die Senkung der Preise sich nicht durchführen läßt, müßte allerdings das Gehalt der Beamten entsprechend aufgebessert werden. Gegenwärtig fordern alle Beamten einen 150-prozentigen Zuschlag zur laufenden Teuerungszulage. Eine Reihe weiterer Wünsche betrafen die Vereinfachung der Staatsverwaltung, die Erzielung größerer Selbstständigkeit an untere und mittlere Beamte usw.

Forderungen der sächsischen Eisenbahnarbeiter. Ähnlich haben die sächsischen Eisenbahnarbeiter durch ihre beiden Organisationen, den Deutschen und den Sächsischen Eisenbahnerverband, der Generaldirektion einen neuen Tarifvertragsentwurf unterbreitet, und es sind vor einigen Tagen Verhandlungen eingeleitet worden. Hierbei ist man aber davon abgekommen, den neuen Tarif zu betreten, es ist vielmehr über eine 75-prozentige Erhöhung der Löhne des jetzigen Tarifs verhandelt worden. Die Entscheidung wird heute im Finanzministerium erwartet.

Ueber die Gemeinschaftserziehung an höheren Schulen bestimmt das sächsische Kultusministerium in einer neuen erlassenen Ausführungsverordnung u. a., daß die für die Schüler höherer Lehranstalten geltenden Bestimmungen auch auf die in diese Schulen aufgenommenen Mädchen Anwendung finden, soweit nichts anderes bestimmt ist. Ueber die Aufnahme der Mädchen entscheidet die Lehrerschaft. Es dürfen nur solche Mädchen aufgenommen werden, die ein bezirks- oder schularbeitliches Zeugnis darüber beibringen, daß ihre Gesundheit den Anforderungen einer höheren Anstaltschule gewachsen ist. Der Turnunterricht ist den Mädchen freizugeben und, wenn möglich, durch eine Lehrerin zu erteilen. Für die getrennte Unterrichtsabteilung kommen außerdem besonders gewisse Gebiete der Naturkunde (Anthropologie, Zoologie und Biologie) in Frage. Für den Handarbeitsunterricht der Mädchen ist zu sorgen. Körperkultur ist über Mädchen nicht zu verhandeln. An ihre Stelle tritt nach Belieben der Lehrerschaft die vorgezeichnete nächsthöhere Erziehung. Werden Mädchen in höhere Anstaltschulen aufgenommen, so sind darin die erforderlichen Einrichtungen zu treffen, insbesondere getrennte Abortanlagen für beide Geschlechter anzulegen.

Der Bau der Nord-Ost-Bahn Ramens-Rabitz vor Gegenstand der Beratung einer Vermittlung des Verkehrsverbandes deutscher Eisenbahner in Dorla. Es wurde beschlossen, der sächsische Regierung eine Entschädigung zu bewilligen, in welcher die baldige Inangriffnahme des Bahnbauwerks als dringender notwendig erwünscht wurde. Auf die Entschädigung und auf persönliche Vorstellungen der Generalleitung hat das Finanzministerium erwidert, daß die Regierung nach wie vor gewillt ist, die Bahnlinie so bald als möglich zu bauen, doch könne mit dem Bau erst begonnen werden, wenn die Interessenten sich zur unentgeltlichen Übergabe des Geländes verpflichten würden. Auch hinsichtlich der Linienführung müßten erst noch Schwierigkeiten überwunden werden.

Ueber das sächsische Meerwesen zur Zeit der Reformation sprach am Montag im Sächsischen Literaturverein der wissenschaftliche Hilfsarbeiter am Hauptstaats-

archiv in Dresden Dr. Rolf Raumann. Er hob einleitend hervor, daß am Anfange des 14. Jahrhunderts die Ritter in den Kämpfen noch ausschlaggebend gewesen seien. An ihre Stelle traten später die Bürger, die den Landesherren zum Dienste verpflichtet waren. In diese Zeit fiel auch die Landfolge, die aus den Untertanen der einzelnen Ritter bestand. Die Mitglieder der Landfolge waren jedoch nicht als ausgesprochenen Soldaten, sondern als Landbesitzer zu betrachten. Schon im 14. Jahrhundert bestanden diese als sogenannte Söldnerreiter. Ihre einzelnen Mitglieder stammten aus dem Bauern- und Handwerkerstande. Sie hatten lediglich die Absicht, sich ein kleines Vermögen zu erwerben, um sich dann selbstständig machen zu können. Daraus ließ sich auch der sächsische Kaiser der Söldner erkennen, denn wenn der Landesherr keinen Sold mehr zahlen konnte, dann wurden sie untreu. Sie wählten ihre Offiziere selbst, während die höheren Offiziere vom Landesherren ernannt wurden. Waren diese besonders tüchtig, so sorgten sie auch für gute Beute, und die Landfolge frömmte ihnen zu. Selbstverständlich waren diese Söldner für die Fürsten sehr teuer, weshalb sie nach dem Kriege wieder aufgelöst werden mußten. Dann agierte die Landfolge in Vanden durch das Land und lebten vielfach von Raub und Diebstahl. Um bei Kriegsausbruch wieder ein Heer zusammenzubekommen, schrieben sich die Fürsten bekannte Landfolgeführer durch hohe Bariegeelder. Die Ausrüstung der Söldner war anfänglich schlecht. Später wurde die Artillerie eingeführt, und die Rüstungen begannen bereits in der Friedenszeit. Die Städte mußten außerdem die kostspieligen Heerfahrtswagen ausrüsten, durch die der Proviant, die Bagage und die Munition, sowie die Artillerie befördert wurden. — An die beifällig aufgenommenen Ausführungen des Redners schloß sich noch eine kurze Aussprache.

Dresdner Niederstift. Das 81. Stiftungsfest, von Landesherr Herz Pejsche sorgsam vorbereitet und glänzend geleitet, hatte am Montag den großen Gewerbesaal dicht gefüllt. Ein Festzug von Richard C. Ulbricht, künstlerische Darbietungen von Fräulein Antonia Dietrich, Dr. Waldemar Stagemann, den Gewerkschaften Friedrich Sangerquartell (Hauptner, Bräutner, Jomothas, Richter), einem Opernballett (Frühlingstänzer) umrahmten die Ansprache des Vorsitzenden Hugo Barthel, der den Herren Otto Unscheld, Karl Paul, Bruno Zimmermann für 40-jährige und den Herren Richard Ulbricht, Guido Krause und Max Böbel für 25-jährige Treue dankte. Besonders warme Worte der Ehrung und Anerkennung widmete er dem früheren 2. Vorsitzenden Otto Unscheld und dem Schriftführer Richard C. Ulbricht. Der nachfolgende Ball, mit einem feinsten Musikensemble eröffnet, bot bei den Klängen der Sächsischen Kapelle ein vornehm, farbenprächtiges Bild.

Jubiläum einer Papierfabrik. Die größte Papier- und Holzstoffabrik Sachsens, der Firma Leonhardt Söhne in Kroschen (Müde) gehörig, konnte auf ihr 25-jähriges Bestehen nicht weniger als 78 treue Beamte und Arbeiter die Feier ihrer 25-jährigen Zugehörigkeit zu dem Betriebe. Die beiden Inhaber der Firma, die Kommerzienräte Carl Leonhardt, Widow, und Paul Leonhardt, Dresden, ließen es sich nicht nehmen, diesen 78 Jubilaren der Arbeit trotz des Ennstes der Zeit eine Ehrenfeier auszurichten, an der auch Vertreter der Staatsbehörden und des Vereins deutscher Papierfabriken teilnahmen. Namens dieser beiden wurden jedem Jubilar zwei Ehren diplome überreicht. Die Beamten- und Arbeiterchaft bezog aber auch die beiden Inhaber in die Jubelfeier ein und überreichte ihnen eine künstlerisch ausgeführte Bronzeplatte. In zwei großen Sälen wurden die Beamten und Arbeiter mit Angehörigen, gegen 2000 Personen, von der Firma reich bewirtet.

Ein Kalenderrittum. In manchen Kalendern ist in diesem Jahre irrthümlicherweise als Datum des sächsischen Bußtags der 3. März angegeben. Der sächsische Bußtag fällt in diesem Jahre auf den 25. Februar. Das ist auf eine Verordnung des sächsischen Kultusministeriums vom Jahre 1917 zurückzuführen, nach der in Jahren, in denen das Osterfest in die Zeit vom 4. bis 10. April fällt, der Termin des Bußtags acht Tage früher zu legen ist. Das Osterfest fällt nun in diesem Jahre auf den 4. April, womit die Maßnahme, die in Rücksicht auf die Leipziger Frühjahrsmesse, die in die Zeit vom 29. Februar bis 7. März fällt, getroffen wurde, diesmal in Kraft tritt.

Verurteilung von Eisenbahndieben. Umfangreiche Eisenbahndiebstähle auf dem Güterbahnhof Chemnitz-Hilbersdorf bildeten die Grundlage eines Mollenstrahprozess vor der 2. Strafkammer des Chemnitzer Landgerichts. Nicht weniger als 27 Eisenbahndiebe (18 Wagenführer, 2 Hilfswagenmeister, 2 Hilfsweichenwärter, 2 Hilfsführermeister und 1 Hilfsweichenwärter, Hilfswagenführer, Bauarbeiter und Schirmermeister) hatten sich wegen Diebstahls und Diebstahlerei zu verantworten. Am ganzen handelte es sich um etwa 600 Fälle von Diebstahl und rund 300 Fälle von Diebstahl, die in der Zeit vom Frühjahr 1917 bis zum Frühjahr 1918 verübt worden sind. Der Wert des Diebstahls ist nicht festgesetzt worden, er beträgt aber sicher Hunderttausende von Mark. Das Verfahren gegen 12 Angeklagte mußte abgebrochen werden, da sich weitere Beweiserhebungen nötig machten. 9 Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von 1½ bis 3½ Jahren. Die Ehrenrechte wurden diesen Verurteilten auf die Dauer von 3 bis 5 Jahren aberkannt. Die Strafen der übrigen

Dresdner Nachrichten

Donnerstag, 2. Jan. 1920 Nr. 8

Kunst und Wissenschaft.

1* Mitteilungen der Sächsischen Landestheater. Opernhaus, Am 9. Januar, 7 Uhr, 4. Sinfonie-Konzert, Reihe A.

Konzertordnung: 1. Rimski-Korsakow, R.: Antar, 2. Sinfonie für Orchester, 3. Tchaikowski, F.: Variationen über ein Motet von Bloncell mit Orchesterbegleitung (Wert 3), 3. Sinfonie: Das Gedicht der Verklärung, für großes Orchester (Wert 3), zum ersten Male, 4. Strawinsky, J.: Feuerwerk, Eine Suite für großes Orchester (Wert 4, zum 1. Male). Leitung: Hermann Kupfchöck; Solisten: Charlotte Art.

Die öffentliche Hauptprobe findet vormittags 11 Uhr zu ermäßigten Eintrittspreisen statt. — Morgen, Donnerstag, 17 Uhr, "Loscia". Titelrolle: Eva Plachetzky. D. Oden, Mario Casarodoff; Battiera, Scarpia; Plachetzky, Angeliotti; Hübel, Dehner; Ermold, Schlicher; Puntlik, Schauspielhaus. Das Lustspiel "Die Journalisten" von Gustav Brentan, das nach fast zwanzigjähriger Pause morgen, Donnerstag, wieder in den Spielplan aufgenommen wird und in zahlreichen Rollen neu besetzt ist, beginnt 7 Uhr. Spielleitung: Alexander Bierth.

1* Leipziger Kampf gegen die Staatshochschule für Musik und redende Künste in Dresden. Der geschäftsführende Ausschuss des Leipziger Verkehrsvereins beriet über Maßnahmen gegen die Errichtung einer staatlichen Hochschule für Musik in Dresden. Es wurde mitgeteilt, daß der Rat der Stadt Leipzig im Auftrage des Direktoriums des Leipziger Konservatoriums der Regierung auf telegraphischem Wege zur Verhinderung der Errichtung in Dresden entgegenzuwirken. — Die scharfe Agitation Leipzigs gegen die Dresden-Schulgründung zeigt nur immer wieder die Wichtigkeit der ganzen Frage. Die nahe bevorstehende Lösung wird im übrigen durch solche kräftigen Versuche nicht beeinträchtigt werden. Daß die Verhinderung eines bestehenden Privatstudiums nicht eine staatliche Neugründung ersetzen kann, wird allgemein einleuchtend.

1* Eine Konsumgenossenschaft der Bühnengenossenschaft. Auch die Deutsche Bühnengenossenschaft will ihren Mitgliedern nimmere die Vorteile genossenschaftlichen Gesellschafter aller Lebensbedürfnisse zugänglich machen. Präsident Riedel ist beauftragt, die Organisation einer gro-

ßigen Konsumgenossenschaft für deutsche Schauspieler vorzubereiten.

1* Ein Generaldirektor für die Wiener Staatsoper. Wie das Wiener "Abendblatt" erfährt, besteht die Absicht, zur Leitung der administrativen Angelegenheiten der ehemaligen Hofoper einen Generaldirektor zu ernennen. Das trotz der außerordentlich hohen Einnahmen immer größer werdende Defizit zwingt die Regierung zu dieser Maßregel.

Zur Gründung der Dresdner Staats-Hochschule für Musik und redende Künste.

Der Arbeitsausschuss für Errichtung einer staatlichen Hochschule für Musik und redende Künste in Dresden, der unter dem Vorhine von Geh. Hofrat Dr. Paul Adolph B. bekannte Persönlichkeiten aus Dresdens Künstler- und Gelehrtenwelt umfaßt, legt soden eine Denkschrift über die Verwirklichung seines Planes vor, deren sehr überzeugenden und klaren Ausführungen wir folgendes entnehmen:

Dresdens Stellung unter den deutschen Städten ist durch die veränderte Lage der Zeit schwer bedroht. Als königliche Residenzstadt ein glänzender Anziehungspunkt für Deutsche und Fremde, steht es nach Wegfall des Königsbaues vor der Gefahr, von anderen Städten überflügelt zu werden. Denn die stille, ernste Arbeit seiner Regierungs- und Verwaltungskräfte bietet keinen Anreiz für das öffentliche Leben. Seine Naturwissenschaften, seine Kunstschätze und Sammlungen können zwar Dresden nicht genommen, aber ihre Auswertung kann durch Mangel an Unternehmungsgelbst gesündigt werden. Dresden steht es an einem geistigen Mittelpunkt, wie ihn Leipzig an seiner Universität hat. Die Technische Hochschule, die Kunstakademie, die Sächsischen Landestheater und die Musikalische Kapelle sind freilich Träger des Dresdner Kulturbesitzes, um die herum aber viele geistige und künstlerische Werte zerstreut und ungenutzt liegen. Die Gründung einer Universität Dresden, von vielen Seiten einmal ernstlich angelehrt, ist heute ein ausschließlicher Plan. Das Gebiet, auf dem Dresdens Bestimmung für seine Stellung als Landeshauptstadt liegt, ist nicht die Wissenschaft, sondern die Kunst. Hier liegt sein Erbe aus der Vergangenheit

und sein wuchernder Schatz für die Zukunft. Will Dresden der drohenden Gefahr, zu einer schlummernden Provinzialstadt herabzusinken, entgehen, so muß es etwas für die Auswertung dieser Güter tun. Oper, Kapelle und Schauspiel sind die gegebenen Grundbauten für einen neuen Aufbau und Ausbau, durch den Dresden erst das werden kann, was es in Zukunft sein muß: ein Vorort künstlerischer Kultur, ein Mittelpunkt künstlerischen Lebens in Deutschland. Nur hier ist ihm eine führende Rolle sicher. Ein Weg dahin ist die Gründung einer Hochschule für Musik und redende Künste, die ihren wahren Fruchtboden in Dresden in engem künstlerischen Anschluß an die Landestheater findet.

Eine solche Hochschule aber ist ein unabweisbares Bedürfnis des gesamten deutschen Kunstlebens. Der Einwand, daß gegenwärtig nicht der richtige Zeitpunkt zur ihrer Errichtung sei, ist hinsichtlich, solange noch ein Funke von Glauben an eine neue Zukunft Deutschlands in uns lebendig ist. Nach Jena wurden die Universitäten Berlin und Breslau begründet. Mitten aus den Umwälzungen der deutschen Revolution von 1818 heraus schuf Richard Wagner seine Reformpläne für die deutsche Kunst. Heute liegt die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands völlig im Dunkel. Sie bleibt abhängig von der Zufuhr materieller Hilfsmittel. Die geistigen Hoffnungen haben wir aber in unerlöschlichem und unerlöschbarem Reichtum im Lande; sie brauchen nur ausgenutzt zu werden. Die Talente und Naturgaben unserer Künstler und Gelehrten werden und müssen in noch höherem Maße als bisher wirtschaftlich erschlossen werden. Heute ist deutsche Kunst ein Hauptposten in unserem Wirtschaftsleben, ihre höchste Leistungsfähigkeit ein Weiterformdenn und eine Lebensfrage. Nie war aus materiellen und ideellen Gründen die staatliche Förderung der Kunst notwendiger als heute, nie der Zeitpunkt dringender als eben jetzt. Die Fülle von Talenten, die auf den Gebieten der Musik und der redenden Künste nach einem organisch gegliederten und zweckmäßig zusammengefaßten Ausbildungsgang verlangen, kann aber nur in einem staatlichen Organismus zum Nutzen der Gesamtheit gesammelt und erzogen werden. Zweck und Ziel einer solchen Hochschule ist also die Organisation des Unterrichts, die allseitige Ausbildung der Künstler, die Befähigung unerträglicher Missethäter, die volle Auswertung der künstlerischen Kräfte und Fähigkeiten im Volke.

